

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berliner Vollzugsbeirat und Anstaltsbeiräte stärken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die erfolgreiche Arbeit des Berliner Vollzugsbeirats und der Anstaltsbeiräte in den Berliner Justizvollzugsanstalten zu stärken und dafür insbesondere

- a) im Entwurf für ein Berliner Strafvollzugsgesetz eine gesetzliche Grundlage nicht nur für die Anstaltsbeiräte sondern auch für den Berliner Vollzugsbeirat zu schaffen,
- b) die Aufgaben und Befugnisse der Anstaltsbeiräte klarer zu fassen und dabei insbesondere auch Informationsrechte der Beiratsmitglieder gegenüber den Justizvollzugsanstalten zu regeln,
- c) den Anstaltsbeiräten die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Sachausstattung und geeignete Räumlichkeiten in den Justizvollzugsanstalten zur Verfügung zu stellen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Januar 2015 zu berichten.

Begründung:

Berlin benötigt unabhängige Institutionen, die bei der Gestaltung des Vollzugs mitwirken, die Anstalten beraten und die Gefangenen bei der Resozialisierung unterstützen.

Diese Institutionen wurden in Form der Anstaltsbeiräte bereits 1975 vom Gesetzgeber geschaffen und existieren in allen Berliner Justizvollzugsanstalten. Die Beiräte nehmen – ehrenamtlich – eine wichtige Kontrollfunktion der Zivilgesellschaft im Strafvollzug wahr.

Grund besteht jedoch für die Stärkung der Anstaltsbeiräte und insbesondere des – bisher nur in den Ausführungsvorschriften zu den §§ 162 bis 165 StVollzG, § 111 JStVollzG Bln und § 87 UVollzG Bln geregelten – Berliner Vollzugsbeirats. Ein geeigneter Ort für eine solche gesetzliche Grundlage ist das Berliner Strafvollzugsgesetz, an dessen Entwurf der Senat derzeit arbeitet.

Dort sollten auch die Auskunfts-, Besuchs-, Zutritts-, Kontakt- und insbesondere die Informationsrechte der Beiratsmitglieder klarer geregelt werden.

Schließlich zeigt die Erfahrung der vergangenen Jahre, dass die Erfüllung der übertragenen Aufgaben, zu denen neben der Betreuung der Gefangenen auch die Öffentlichkeitsarbeit gehört, eine ausreichende Sachausstattung der Beiräte voraussetzt. Erforderlich ist dafür nicht zuletzt ein Kontaktbüro in den Justizvollzugsanstalten, nicht unbedingt im Verwaltungstrakt.

Berlin, den 9. September 2014

Pop Kapek Behrendt
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen